

PRESSEMITTEILUNG

Klimakrise: Neuester IPCC-Bericht bekräftigt Befürchtungen der Klimaliste

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden wir Anfang der 2030er Jahre die 1,5 °C globale Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit überschreiten. So lautet die Prognose des neuesten IPCC-Berichts. In Deutschland entspräche dies einer Temperaturerhöhung von ca. 2 °C (<https://interactive-atlas.ipcc.ch/regional-information>). Bereits im Jahr 2050 haben wir die 2°C höchst wahrscheinlich global überschritten. In Deutschland steuern wir dann auf eine gemittelte Temperaturzunahme von 2,7 °C zu.

“Diesen Sommer haben wir erlebt, dass viele Menschen durch Naturkatastrophen alles verloren haben. In Deutschland, wo sich das niemand in dem Ausmaß hätte vorstellen können, hat das Hochwasser mehr als 180 Menschen das Leben gekostet und Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Der neu erschienene Bericht des IPCC warnt, dass wir eine sofortige und umfassende Kehrtwende brauchen, um die Menschen vor weiteren Katastrophen zu schützen.”, so Alicia Sophia Hinon, Mitglied des Vorstands der Klimaliste Deutschland und Spitzenkandidatin der Klimaliste Berlin.

“Die massiven Waldbrände der letzten Jahre haben nicht nur wertvolle Kohlenstoffspeicher zerstört, sondern auch massiv Treibhausgase in die Atmosphäre geblasen. Der Amazonasregenwald ist teilweise von einer Senke zu einer Quelle geworden und der Permafrost fängt an, großflächig zu tauen. Diese Entwicklungen sind dramatisch. Zum Gegensteuern bleibt fast keine Zeit mehr.”, ergänzt der Biologe und Vorstandsmitglied Dr. Christian Wolf, ebenfalls Mitglied des Vorstands.

Um uns zu schützen, müssen wir Klimaschutz entschieden vorantreiben und uns dringend an die Folgen des Klimawandels anpassen. “In der EU hat unsere deutsche Regierung immer wieder auf die Bremse getreten, statt der Erderwärmung entgegenzutreten. Unsere Regierung hat uns trotz aller Warnung aus der Wissenschaft in die Krise laufen lassen”, so apl. Prof. Dr. Doris Vollmer, Vorsitzende der Klimaliste Deutschland. Die Klimaliste sieht sich durch den neuesten IPCC-Bericht in ihren Forderungen bestätigt und bestärkt. Die Bekämpfung der Klimakrise benötigt ein ganzheitliches Konzept, das auch gesellschaftliche Lösungen mit einbezieht. Deswegen fordert die Klimaliste eine sofortige Änderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise, um möglichst schnell klimaneutral zu werden.

- Dazu gehört der Umbau zu einem gemeinwohlorientierten Wirtschaftssystem und mehr Einbindung der Bürger:innen zu Grundsatzthemen.

- Die Bepreisung des Treibhausgasausstoßes muss sich mindestens an der Höhe der Umweltfolgekosten orientieren. Eine Tonne CO₂-Äquivalent muss daher nach Berechnungen des Umweltbundesamtes mindestens 195 € kosten. Die Lasten müssen aber gerecht verteilt werden. Deshalb müssen die Einnahmen zu großen Teilen zurück an die Bevölkerung fließen und für Grundsicherung bzw. Sozialleistungen anrechnungsfrei sein.
- Um die Energiewende erfolgreich zu meistern, müssen wir mehr Energie einsparen und erneuerbare Energien massiver ausbauen. Dazu müssen jedes Jahr mindestens 20 GW Fotovoltaik und 15 GW Windenergieanlagen hinzugebaut werden. Der Kohleausstieg ist vorzuziehen.
- Die Sanierung bestehender Gebäude muss massiv gefördert werden. Neubauten dürfen nur noch klimaneutral erfolgen.
- Im Bereich Verkehr müssen wir endlich die Verkehrswende hinbekommen und nicht bloß an einer Antriebswende rumbasteln. Dazu gehört z.B. das Ende der Produktion von PKW mit Verbrennungsmotor schon ab 2023.
- Naturschutz und Artenvielfalt müssen durch den Schutz und die Wiederherstellung von Lebensräumen massiv gestärkt werden. Dazu gehört der Moorschutz genauso wie die Transformation der Landwirtschaft hin zur regenerativen Anbaumethoden und die Umstellung auf eine vorwiegend pflanzliche Ernährung.

Dies sind nur einige Punkte, mit der die Klimaliste die Begrenzung der Erderwärmung auf ein Minimum erreichen will. Denn:

Jedes Zehntel Grad zählt!

Über die Klimalisten:

Bislang waren Klimalisten nur auf Kommunal- und Landesebene aktiv. Die erste Klimaliste zog im März 2019 in den Erlanger Stadtrat ein. Zahlreiche weitere Klimalisten folgten und zogen wenig später in die Kommunalparlamente in Nordrhein-Westfalen und Hessen ein. Auch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind bereits Klimalisten angetreten. Mittlerweile sind Klimalisten in allen 16 Bundesländern vertreten. Am Samstag, den 19. Juni 2021, erfolgte die Gründung der Bundespartei *Klimaliste Deutschland* in Leipzig.

Pressekontakte:

Dr. Christian Wolf, dr.christian.wolf@posteo.de, 0176 84714214

Alicia Hinon, alicia.hinon@klimaliste-berlin.de, 0175 2944466